

Bericht von der Bundessenioren-Ausschuss-Sitzung vom 02. bis 4. November 2015

Senioreninfo 29

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,



in der letzten Sitzung des Bundessenioren Ausschusses wurden Arbeitsschwerpunkte für die laufende Wahlperiode eingebracht, die zwischenzeitlich gesichtet wurden. Als ein

wichtiges Thema kristallisierte sich die Öffentlichkeitsarbeit heraus. Hier trug der BSA-Vorsitzende, Friedhelm Oberst, vor, dass es ihm ein Anliegen sei, dass die Arbeit des BSA noch bekannter gemacht werden müsse. Hierzu solle es auch ein Gespräch mit Redakteurinnen der „publik“ geben.

Er verwies aber ebenso darauf, dass Öffentlichkeitsarbeit vielschichtig sei und gleichwohl vor Ort deutlich sichtbar gemacht und damit die Aufmerksamkeit auf die Anliegen der ver.di-Senioren, als auch auf ver.di verdeutlicht werden könne.

Sozial Spezial: Ein neues Informationsblatt des BSA

Zu den bereits existierenden Senioren-Veröffentlichungen wie der **ver.di-Internet-Senioren-Seite**, dem **Newsletter** und **Senioreninfo** wurde ein weiteres Informationsblatt, nämlich das „**Sozial Spezial**“, vom BSA entwickelt.

Dieses Blatt will sozialpolitische Themen aufgreifen, die die Senioren bewegen und gleichzeitig beunruhigen und viele Fragen offenlassen. Diese Lücke will **Sozial Spezial** schließen und jeweils dazu Sachverständige interviewen oder Beiträge erstellen, die wiederum von Experten mit betreut werden. **Sozial Spezial** wird in unregelmäßigen Abständen erscheinen und über die Landesbezirke/Bezirke zur Verteilung kommen. Bis jetzt sind drei Ausgaben erschienen.

Im Internet sind sie über diesen Link zu finden <http://senioren.verdi.de/ueber-uns/sozial-spezial/++co++386128b6-39bc-11e5-be6a-5254008a33df>

Andrea Kocsis informiert

Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Vorsitzende und zuständig für die Seniorinnen und Senioren,

ließ es sich nicht nehmen, über den Bundeskongress zu berichten. Ferner die Ergebnisse des Poststreiks zu erläutern und deutlich zu machen, was wirklich hinter der fehlenden konsensualen Verhandlung der Post-AG-Manager stand.

Post-AG wollte ver.di loswerden

Es war Absicht, ver.di am langen Arm verhungern zu lassen und ihren Einfluss in der Arbeitnehmerschaft zu brechen. Die jahrzehntelang geübte Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften war plötzlich sozialer Ballast, der eine noch höhere Dividende



schmälerete. Deshalb wurde mit allen Tricks versucht, den Streik zu unterlaufen und ver.di das Genick im Unternehmen zu brechen und zu

hoffen, dass die Streikgelder über kurz oder lang nicht mehr ausreichen würden und ver.di aufgibt. Nun, diese Rechnung ging nicht auf. Die Gelder reichten, und die Post-AG musste zähneknirschend Zugeständnisse machen. Sicherlich, nicht alles wurde erreicht, was ver.di sich wünschte, aber am Ende standen u.a. 9.000 entfristete Stellen auf der Haben-

Kita-Tarifergebnis angenommen

Andrea berichtete weiter, dass das Tarifergebnis zum Kita-Streik bei ver.di mit 57,2 Prozent angenommen wurde. Sicherlich knapp. Und sie bemerkte dazu, dass die Kommunikation zwischen den Mitgliedern und ver.di in der Vorbereitungsphase zum Streik nicht optimal gelaufen sei.

Die Erwartungen waren hoch und die Enttäuschung deshalb groß. Doch es sollte auch bedacht werden, dass darüber hinaus weitere Lohnerhöhungen nach Abschluss der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst im nächsten Jahr hinzukämen.

Eines allerdings hat ver.di auf jeden Fall erreicht, nämlich die Unterstützung der Bevölkerung zur Forderung für mehr Anerkennung des Berufs der ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen. Hier solle die Kampagne für die Aufwertung weitergeführt und auch angesichts der großen Zahl der Flüchtlinge weiter thematisiert werden. Denn eben wegen

dieser speziellen Situation sind ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen unverzichtbare und wertvolle Helfer, um die Probleme zu meistern.

Rechts geht gar nicht

Schnelle Intergration ist hier das Gebot der Stunde, um auf Fremdenhass zu antworten. Angesichts der Zunahme pöbelnder, fremdenfeindlicher Äußerungen sowie rechtsradikaler Anschläge bedarf es demokratischer Antworten. Hier arbeitet ver.di mit der Gewerkschaft der Polizei zusammen. Es werden gemeinsame Strategien in Zusammenarbeit mit dem DGB entwickelt. Flüchtlinge brauchen Deutschunterricht, um schneller integriert zu werden, um schnell Arbeit zu finden und Perspektive zu haben. Dazu bedarf es zusätzlicher Mittel für Integrationskurse und zusätzliches Personal gleichermaßen. Denn „Rechts geht gar nicht“, so Andrea Kocsis.



AfD und das rechte Umfeld

Als der Bundesseniorenausschuss den Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler einlud, um über die AfD zu referieren, befand sich die AfD durch ihre internen Querelen im politischen Abwärtstrend. Das hat sich dramatisch durch die täglich ankommenden Flüchtlinge verändert.

Um seinerzeit bei der Gründung Mitglieder für die neue Partei zu gewinnen, stellte sie sich als Außen-seiterin, die anders als die „Altparteien“ ist, dar. Als Gegenpol mit „Sachverstand“ im Gegensatz zur „Kaste der Berufspolitiker“, die ohnehin nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Und nahm für sich in Anspruch, ehrlich zu sein im Kontrast zur angeblich politisch wie medialen Lüge. „Mit dem Mut zur Wahrheit“ mobilisierte sie die politisch Unzufriedenen unterschiedlichster politischer Richtungen und Empfindungen, die gleichzeitig ein Ventil bot, den Wut-Bürger als wahrheits- und ordnungsliebenden Mut-Bürger in Erscheinung treten zu lassen.

Die AfD war von Anfang an eine rechtsorientierte Partei, wenngleich der damalige Parteivorsitzende es gerne leugnete.

Diese Propaganda war mit ein Schlüssel zur erfolgreichen Etablierung. Dazu bedurfte es allerdings auch eines politisch günstigen Nährbodens. Allge-

meine Politikverdrossenheit und nicht erklärbare Ängste gepaart mit einem Gefühl von der Politik nicht ernst genommen zu werden, wandelte sich schleichend in Wut um und ging gleichzeitig Hand in Hand mit der Bereitschaft, populistischen Rattenfängern zuzuhören. Nur gegen den Euro zu sein, hätte nicht ausgereicht, so kurz nach der Gründung erfolgreich bei Wahlen zu sein. Dies ist der Grundstock von AfD und aber auch von Pegida.

So tauchte beispielsweise der Anspruch des Mut-Wut-Bürgers zuerst bei der AfD auf und der Ursprung der „Lügenpresse“ ist auch dort zu finden. Hier haben sich zwei rechte populistische Bewegungen zusammen gefunden und agieren gemeinsam.



Pegida - Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes - sieht sich in der Tradition der Montagsdemonstrationen des demokratischen Aufbruchs der früheren DDR. Ein vermessener Anspruch. Und eine Beleidigung der Menschen, die in der ehemaligen DDR für die Freiheit auf die Straße gingen. Mit den steigenden Flüchtlingszahlen erlebt Pegida in Sachsen einen Aufschwung sondergleichen. Und die AfD nähert sich der Zehn-Prozent-Marke.

Gleichzeitig macht sich mit Pegida eine Kultur der Verrohung breit, die ihresgleichen sucht. Da werden Galgen für Politiker ausgestellt, auf Veranstaltungen wird bedauert, dass die KZs „leider derzeit außer Betrieb“ seien. Die „Lügenpresse“ wird verprügelt, die Gewaltbereitschaft erlebt eine Hoch-Zeit. In den sozialen Netzwerken werden Hasstiraden und Morddrohungen auf Andersdenkende und Andershandelnde im Sekundentakt veröffentlicht.



All diese Begleiterscheinungen zur Flüchtlings-situation fanden die Bundes-senioren bedrückend. Dem rechten Mob sollte keine Bühne für rassistische Töne

geboten werden. Deshalb wollen sie sich vor Ort gegen rechte Gruppierungen beteiligen und helfen, wo Hilfe für Hilflose gebraucht wird.